

Monitoring KW 19

Viertes Bürokratieentlastungsgesetz eingebracht

Nächste Hürde im Prozess um das neue BEG IV genommen. Die Bundesregierung hat den „Entwurf eines Vierten Gesetzes zur Entlastung der Bürgerinnen und Bürger, der Wirtschaft sowie der Verwaltung von Bürokratie“ eingebracht.

Dazu ist unter anderem vorgesehen, Formerfordernisse im Zivilrecht abzusenken, Aufbewahrungspflichten für Buchungsbelege im Handels- und Steuerrecht zu verkürzen sowie für deutsche Staatsangehörige die Hotelmeldepflicht abzuschaffen. Ferner soll laut Entwurf eine zentrale Datenbank der Steuerberaterinnen und Steuerberater für Vollmachten im Bereich der sozialen Sicherung eingeführt werden.

Bewertung: Der Bundesrat begrüßt in seiner Stellungnahme den Gesetzentwurf grundsätzlich. Der Entwurf gehe aber nicht weit genug und werde den Entlastungsbedarfen der Wirtschaft nicht gerecht. Ferner fordert die Länderkammer die Bundesregierung auf „bereits getroffene Beschlüsse, wie beispielsweise jene im Pakt für Planungs-, Genehmigungs- und Umsetzungsbeschleunigung, rasch umzusetzen“.

Der Bundesrat unterbreitet in seiner Stellungnahme etliche Änderungsvorschläge zum Gesetzentwurf, etwa um weitere Schriftformerfordernisse abzubauen. Der Gesetzentwurf ist laut Entwurf im Bundesrat zustimmungspflichtig. In ihrer Gegenäußerung kündigt die Bundesregierung die Prüfung einzelner Vorschläge der Länderkammer an, andere lehnt sie ab, einige will sie direkt übernehmen.

KfW-Mittelstandsbarometer für April 2024

Die Stimmung unter den Mittelständlern hellt mit Beginn des Frühlings auf noch niedrigem Niveau spürbar auf.

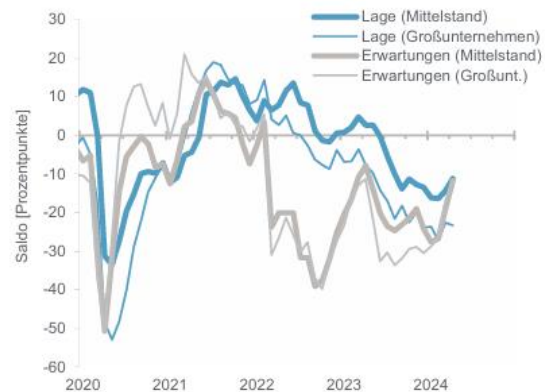
Das mittelständische Geschäftsklima steigt im April zum dritten Mal in Folge, womit gemäß Daumenregel nunmehr zumindest in diesem Segment der Wirtschaft der Stimmungsumschwung zum Besseren vollzogen ist. Beide Klimakomponenten verbessern sich, besonders deutlich lässt allerdings der Pessimismus in den Geschäftserwartungen nach.

KfW-ifo-Geschäftsklima



Quelle: KfW Research, ifo Institut

KfW-ifo-Klimakomponenten



Wirtschaftsministerin zur jüngsten Umfrage der Deutschen Industrie- und Handelskammer für Baden-Württemberg bezüglich Handelshemmnissen

Unternehmen aus Baden-Württemberg sehen sich im internationalen Geschäft mit immer mehr Handelshemmnissen konfrontiert.

Das zeigt eine Auswertung einer Umfrage der Deutschen Industrie- und Handelskammer für Baden-Württemberg. 62 Prozent beklagen einen Zuwachs von Hürden im Handel, wie die Industrie- und Handelskammer (IHK) Region Stuttgart mitteilte.

Zum Vergleich: Im Jahr 2019 hatten 50 Prozent eine Zunahme von Handelshemmnissen bei ihren Geschäften im Ausland wahrgenommen. 2014 waren es 33 Prozent. Insbesondere Sanktionen, Sicherheits- und Zertifizierungsanforderungen haben nach Auffassung der Firmen zugenommen.

Dr. Nicole Hoffmeister-Kraut, Ministerin, zur jüngsten Umfrage der Deutschen Industrie- und Handelskammer für Baden-Württemberg: „Unsere Unternehmen in Baden-Württemberg benötigen mehr freien Handel! Der Wert der Exporte in Baden-Württemberg betrug zuletzt 40 Prozent unseres Bruttoinlandsproduktes (BIP)... Hier ist die EU in der Pflicht: Es müssen Hürden ab- und nicht zusätzliche aufgebaut werden, wie dies zuletzt etwa durch das europäische Lieferkettengesetz (CSDDD) oder umständliche CO₂-Grenzausgleichsmechanismen geschehen ist.“

Rekord-Übernachtungszahlen auf deutschen Campingplätzen

Im Jahr 2023 erzielten die deutschen Campingplätze einen Rekord an Übernachtungszahlen. Diese Entwicklung betrifft auch Baden-Württemberg.

Am 6. Mai wurde die Meldung zum Übernachtungsrekord auf deutschen Campingplätzen im vergangenen Jahr veröffentlicht. Dazu erklärte Dr. Patrick Rapp, Staatssekretär im Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Tourismus: „Der Trend der vergangenen Jahre im Campingtourismus in Baden-Württemberg setzt sich auch 2023 fort. Mit rund 5,4 Millionen Übernachtungen ist die Zahl der Übernachtungen auf Campingplätzen in Baden-Württemberg gegenüber 2019 (rund 4,6 Millionen Übernachtungen) um 16,6 Prozent gestiegen. Dieser Rekordwert zeigt, dass die Campingplätze eine zentrale Rolle im baden-württembergischen Tourismus spielen und dass die Campingbranche trotz Herausforderungen floriert.“

Investitionen in grüne Technologien steigen rasant- Erneuerbare teilweise auf Rekordhoch

Das erste Quartal 2024 ist seit 1. April Geschichte. Weil Betreiber von Energieerzeugungsanlagen ab Inbetriebnahme einen Monat Zeit haben, ihre neue Anlage im Marktstammdatenregister der Bundesnetzagentur einzutragen, besteht ab Anfang Mai die Gelegenheit, einen Blick auf die Ausbautzahlen für das Quartal zu werfen. Und die enthalten einige Rekorde.

Weiterhin auf niedrigem Niveau liegt der Ausbau von Windkraft an Land: 160 neue Windkraftanlagen sind im ersten Quartal hinzugekommen, die zusammen 717 Megawatt Spitzenleistung liefern können. Bis Ende 2024 sollen gemäß der Wind-an-Land-Strategie der Bundesregierung 69 Gigawatt installiert sein. Das Ziel dürfte verfehlt werden: Bisher kennt das Marktstammdatenregister nur 29.578 Anlagen mit zusammen 61,5 Gigawatt.

Anders sieht es bei der Photovoltaik aus. Deren Ausbau erreicht neue Rekorde, nachdem schon 2023 als Rekordjahr in die Geschichte einging. Für PV-Anlagen speichert das Marktstammdatenregister zwei Leistungsangaben, weil eine PV-Anlage aus Wechselrichtern und Modulen mit unterschiedlichen Leistungen besteht. Relevant für die folgende Auswertung ist die Nettoleistung, bei der es sich stets um den niedrigeren Wert aus Modulleistung und Wechselrichterleistung handelt. In der Regel ist die maximale Leistung des Wechselrichters etwas kleiner als die der Module.

Schon heute hat die Welt genug Photovoltaik-Komponenten produziert, um ihren Bedarf bis 2030 auf dem Weg zur Klimaneutralität zu decken. Auch bei der Batteriezellfertigung sieht es gut aus, hat die Internationale Energieagentur errechnet. Allerdings wird ein Großteil der Schlüsseltechnologien noch immer in China hergestellt